

## **BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**

19. Wahlperiode

## **AUSSCHUSSPROTOKOLLE**

A/HaFA (Land)

10. Sitzung

11.03.16

### **Haushalts- und Finanzausschuss**

**(Land)**

10. Sitzung

am 11. März 2016

Börsenhof A, Raum 416

Anwesend:

Abg. Herr Bensch (CDU)

Abg. Herr Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Frau Dehne (SPD)

Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender

Abg. Herr Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Herr Gottschalk (SPD)

Abg. Herr Güngör (SPD)

Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)

Abg. Herr Hinnens (CDU)

Abg. Herr Leidreiter (ALFA-Gruppe-Bremen)

Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender

Abg. Herr Reinken (SPD)

Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)

Abg. Herr Schmidt (SPD)

Abg. Frau Steiner (FDP)

Abg. Frau Tuchel (SPD)

außerdem sind anwesend:

|                         |   |  |
|-------------------------|---|--|
| Staatsrat Lühr          | ) |  |
| Staatsrat Strehl        | ) |  |
| Herr Hammer             | ) |  |
| Herr Meyer              | ) |  |
| Frau Dr. Krause-Nicolai | ) |  |
| Herr Trottnow           | ) | von der Senatorin für Finanzen   |
| Herr Sommer             | ) |  |
| Herr Fehren             | ) |  |
| Herr Kratky             | ) |  |
| Frau Schüttrumpf        | ) |  |
| Frau Oberdörfer         | ) |  |
| Frau Mathei             | ) |  |
| Frau Dr. Otten          |   | vom Rechnungshof   |
| Frau Odenkirchen        |   | vom Senator für Inneres und Sport  |
| Herr Mackeben           | ) |  |
| Herr Frey               | ) | vom Senator für Kultur   |
| Frau Brüner             |   | von der Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport |
| Frau Rüpke              | ) | vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr                                  |
| Herr Dr. Kountchev      | ) |  |
| Herr Heiss              | ) |  |
| Staatsrat Kück          | ) | vom Senator für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz           |
| Herr Schütte-Thuy       | ) |  |
| Herr Schmidt            | ) | vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen                             |
| Herr Drücker            | ) |  |
| Herr Radtke             | ) |  |
| Herr Winsemann          | ) | vom Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen          |
| Frau Vogel-Krawczyk     | ) |  |
| Herr Czellnik           | ) | von der Wirtschaftsförderung Bremen                                      |
| Herr Löffler            |   | von der Bürgerschaftskanzlei/<br>Ausschussreferent                       |

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 14.35 Uhr.

## Öffentlicher Teil

### **I. Protokoll**

#### **1. Protokoll der 8. Sitzung am 17. Februar 2016**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) setzt die Beratung des Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

#### **2. Protokoll der 9. (Sonder-) Sitzung vom 25. Februar 2016**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) setzt die Beratung des Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

### **II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft**

#### **1. Überweisungen aus dem Plenum**

##### **1.1 Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Beteiligungen und Eigenbetriebe Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU - Vorlage Drs. 19/162 -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet den Wissenschaftlichen Dienst der Bürgerschaft um eine rechtliche Prüfung, ob der Senat, wie unter C. I. Ziff. 7 - 9 der Anträge der Fraktion der CDU zur Einsetzung eines Controllingausschusses vorgesehen, zur Übermittlung von Protokollen und Vorlagen der Aufsichtsratssitzungen sowie weiteren Erläuterungen und Berichten von privatrechtlich organisierten Beteiligungen - insbesondere Aktiengesellschaften und GmbHs - der Freien Hansestadt Bremen verpflichtet werden kann und setzt die weitere Beratung dieses Tagesordnungspunktes bis zur Vorlage der Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes der Bürgerschaft aus.

### 3. Sonstiges

#### 3.1 Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zur Art und Weise der Erstellung der Ausschussprotokolle vom 17. Februar 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt das Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zur Art und Weise der Erstellung der Ausschussprotokolle vom 17. Februar 2016 zur Kenntnis und kommt darin überein, an der bisherigen analytischen Form der Protokollerstellung unter Verzicht auf eine Bereitstellung von Tonbandmitschnitten der Sitzungen festzuhalten.

### III. Initiativen des Senats

#### 1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

##### 1.1 Umstrukturierung des FA Bremen-Nord Berichtsbitte der CDU-Fraktion - Vorlage Drs. 19/124 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht der Senatorin für Finanzen vom 1. März 2016 zur Kenntnis und bittet im März 2018 um einen erneuten Bericht über die Ergebnisse der Umstrukturierungsmaßnahmen.

#### 2. (Controlling-) Berichte

##### 2.1 Staatsüberschuss auf Bundes- und Landesebene Bremen in 2015 Berichtsbitte von Herrn Prof. Dr. Hilz (FDP-Fraktion) - Vorlage Drs. 19/125 L –

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht zu den Staatsüberschüssen auf Bundes- und Landesebene Bremen in 2015 vom 26. Februar 2016 zur Kenntnis.

##### 2.2 Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 31.12.2015 - Vorlage Drs. 19/126 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 31.12.2015 zur Kenntnis.

- 2.5 Bericht über die Fragestellung, wie viele bremische Studierende ihren Wohnsitz außerhalb des Stadtstaates Bremen haben und ob diese Wohnortwahl auf fehlenden geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zurückzuführen ist.  
Berichtsbitte lfd. Nr. 48  
- Vorlage Drs. 19/127 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Kenntnis und sieht die lfd. Nr. 48 der Austragsliste als erledigt an.

#### **4. Vollzug der Haushalte gem. Art. 132a Landesverfassung**

- 4.1 Grundsanie rung der Richard-Dunkel-Straße (Airport-Stadt Nord)  
Ausnahme von den Haushaltsbeschränkungen der haushaltslosen Zeit  
Bewilligung von Straßenbaukosten in 2016 in Höhe von 570 Tsd. €  
- Vorlage Drs. 19/128 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Maßnahme in Höhe von T€ 570 sowie der damit verbundenen Ausnahme von der haushaltslosen Zeit zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Mittelverwendung von GRW-Mitteln (Hst. 0709/891 70-7 „GRW-Förderprogramm – BAB“) in Höhe von T€ 513 zu.

- 4.2 Staatsvertrag über die Einrichtung und den Betrieb eines Rechen- und Datenzentrums zur Telekommunikationsüberwachung der Polizeien im Verbund der norddeutschen Küstenländer  
Zustimmung zum Eingehen einer Verpflichtung  
- Vorlage Drs. 19/129 L -**

**Abg. Liess** fragt unter Bezugnahme auf die Vorlage nach dem Gegenstand der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung.

**Abg. Hinners** erklärt, die CDU- Fraktion erwarte, dass bei zukünftigen Vereinbarungen über eine länderübergreifende Zusammenarbeit vertraglich sichergestellt werde, dass die Kostenbeteiligung des Landes Bremen durch, nach Vertragsschluss eintretende Kostensteigerungen, nicht unbegrenzt erhöht werden kann. Insoweit müsse bereits im Rahmen der Vertragsverhandlungen auf eine verbindliche Kostendeckelung geachtet werden.

**Abg. Fecker** fragt, wie in derartigen Fällen einer länderübergreifenden Zusammenarbeit unter Federführung eines anderen Bundeslandes die

parlamentarische Kontrollmöglichkeit durch die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft sichergestellt werde.

**Frau Odenkirchen** antwortet, dass Gegenstand der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Vergleich zwischen einer länderübergreifenden Einrichtung eines TKÜ-Zentrums und entsprechender Einzellösungen der Länder gewesen sei. Die Fragestellung des Abgeordneten Fecker werde das Innenressort in schriftlicher Form als Anlage zum Protokoll (**Anlage 1**) beantworten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA bei Enthaltung des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP und gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion DIE LINKE dem Eingehen einer Verpflichtung bei der Haushaltsstelle 0950/632 10-0, Kostenanteil für den Betrieb des Rechen- und Datenzentrums (RDZ) der norddeutschen Küstenländer (Polizei Bremen), in Höhe von 2.403.400 € zu.

#### **4.3 Maßnahmen der Wasserrahmenrichtlinie - Vorlage Drs. 19/130 L -**

**Abg. Eckhoff** fragt, warum die notwendigen Mittel für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie nicht aus der Oberflächenwasserentnahmegebühr entnommen werden.

**Frau Röpke** erwidert, dies sei nicht möglich, da die Oberflächenwasserentnahmegebühr bereits einer anderen Verwendung unterliege und dementsprechend „überbucht“ sei.

**Abg. Eckhoff** erwidert, er bitte im Rahmen einer Anlage zum Protokoll (Anlage 2) um eine Übersicht aus der sich die Gründe für eine Überbuchung der Oberflächenwasserentnahmegebühr ergeben.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA dem Eingehen

von Verpflichtungen in Höhe von 2.995 Tsd. € zu Lasten der Haushaltsjahre 2017 (500 Tsd. €), 2018 (950 Tsd. €), 2019 (845 Tsd. €) und 2020 (700 Tsd. €) bei Hst. 0627/539 15-0, Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und in Höhe von 2.950 Tsd. € zu Lasten der Haushaltsjahre 2017 (630 Tsd. €), 2018 (860 Tsd. €), 2019 (850 Tsd. €) und 2020 (610 Tsd. €) bei Hst. 0627/790 15-5, Maßnahmen der Wasserrahmenrichtlinie, sowie einer Mittelinanspruchnahme in Höhe von 400 Tsd. € bei Hst. 0627/539 15-0, Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, zu.

## **5. Personalhaushalt/Stellenplan**

### **5.1 Berichtsbitte zum Sachstand zu den 354 bewilligten Stellen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen - Vorlage Drs. 19/131 L**

**Abg. Eckhoff** kritisiert, dass sich der Vorlage nicht entnehmen lasse, wie viele Stellen bereits stichtagsbezogen tatsächlich besetzt seien. Insoweit sei die mit der Berichtsbitte gestellte Frage nicht beantwortet worden.

**Staatsrat Lühr** erklärt, das zwar unmittelbar nach den geführten Auswahlgesprächen entsprechende Einstellungszusagen erteilt werden, eine solche Zusage jedoch nicht unmittelbar auch zu einer Einstellung führe. Hier müssten zunächst notwendige Gesundheitsuntersuchungen und gegebenenfalls bestehende Kündigungsfristen bei den bisherigen Arbeitgebern der Bewerber abgewartet werden. Trotzdem sei grundsätzlich auch eine stichtagsbezogene Angabe der bislang vorgenommenen Stellenbesetzungen möglich. Das Finanzressort werde deshalb unter Berücksichtigung des Stichtages 15. März 2016 den Mitgliedern der Haushalts- und Finanzausschüsse per E-Mail diese Zahl mitteilen.

**Abg. Hinners** fragt, ob auch der sogenannte Personalüberhang bei der GENO bei den Neueinstellungen berücksichtigt worden sei.

**Abg. Professor Hilz** fragt unter Bezugnahme auf die Vorlage, warum im Ressortbereich Inneres, dort im Bereich Polizei, bislang noch keine der vorgesehenen 26 Stellen besetzt werden konnte.

**Staatsrat Lühr** antwortet, dass bei der GENO derzeit ein Personalüberhang im Umfang von 130 Stellen bestehe. Hierbei handle es sich um Menschen aus den Service- und Verwaltungsbereichen, wobei der Schwerpunkt im Servicebereich liege.

Bislang konnten nur drei Mitarbeiter aus dem Personalüberhang der GENO für einen Wechsel in einen anderen Bereich gewonnen werden. Das Finanzressort sei jedoch bestrebt auch weitere Mitarbeiter unter Zusicherung einer Besitzstandswahrung von einem Wechsel zu überzeugen.

**Frau Odenkirchen** ergänzt zur Fragestellung des Abg. Professor Hilz, dass die anvisierten Einstellungen im Wege einer sogenannten Verwendungskette erfolgen sollen. Das heißt durch Nachbesetzungen insbesondere im Verwaltungsbereich sollen Vollzugskräfte freigesetzt werden, die dann entsprechend andere Aufgaben übernehmen können. Dies sei jedoch schwierig, da bisherige Ausschreibungsverfahren gezeigt hätten, dass eine Vielzahl der Bewerber den Anforderungen nicht genügten. Dies habe dazu geführt, dass Ausschreibungsverfahren wiederholt werden mussten. Zwischenzeitlich (im Zeitraum nach Erstellung der Vorlage) sei jedoch eine Einstellung vorgenommen worden.

**Abg. Eckhoff** kritisiert die Dauer der Stellenbesetzungsverfahren im Rahmen des Sofortprogramms und weist darauf hin, dass die Öffentlichkeit vom Senat erwarte, schnell notwendige Einstellungen vorzunehmen, um die ankommenden Flüchtlinge ordnungsgemäß betreuen und integrieren zu können.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Sachstandsbericht bezüglich der im Rahmen des dritten Sofortprogramms erfolgten Stellenbesetzungen zur Kenntnis und sieht die lfd. Nr. 56 der Auftragsliste als erledigt an.

## **5.2 Ausbildungsplanung 2016**

### **Produktgruppe 91.03.03**

#### **- Vorlage Drs. 19/132 L**

**Abg. Rupp** erklärt, die Fraktion DIE LINKE halte die Ausbildungszahlen nach wie vor für zu niedrig. Dies betreffe insbesondere die Bereiche Feuerwehr, Steuerverwaltung und Erzieherinnen bzw. Erzieher. Darüber hinaus vermisse er in der Ausbildungsplanung einen Nachweis darüber, dass die darin enthaltenen Ausbildungsstellen auskömmlich seien, um insbesondere bereits heute absehbare altersbedingte Abgänge kompensieren zu können. Die Fraktion DIE LINKE werde deshalb dieser Vorlage nicht zustimmen.

**Staatsrat Lühr** erwidert, der Ausbildungsplanung liege einer grundsätzlichen Planung aller Verwaltungsbereiche zugrunde. Dennoch bestehe für einzelne Bereiche die besondere



Problematik, dass selbst bei einer Erhöhung der Ausbildungsquote zukünftig Schwierigkeiten bestehen werden, ausreichend Personal zu gewinnen. Dies beruhe insbesondere auf zu geringen Ausbildungszahlen in der Vergangenheit und betreffe dabei insbesondere die bereits allgemein bekannten Bereiche Feuerwehr und Betriebsprüfer. Darüber hinaus weist Staatsrat Lühr darauf hin, dass gegebenenfalls für die Erklärung von Einstellungszusagen bezüglich Auszubildender in Bremerhaven eine Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses notwendig werden könne. Dies resultiere daraus, dass diese Einstellungszusagen zeitnah, gegebenenfalls noch vor der Aprilsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses, erklärt werden müsse.

**Herr Radke** erklärt, der Gesamtpersonalrat begrüße zunächst im Grundsatz, die mit der Ausbildungsplanung 2016 vorgenommene Erhöhung der Ausbildungszahlen. Dennoch verweise der Gesamtpersonalrat darauf, dass selbst diese erhöhten Ausbildungszahlen noch zu gering seien um die bevorstehenden altersbedingten Abgänge zu kompensieren.

**Abg. Eckhoff** erklärt, dass der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) in der von Staatsrat Lühr angesprochenen Frage bereit sei, soweit tatsächlich noch vor der Aprilsitzung des Ausschusses notwendig, einen sogenannten Umlaufbeschluss zu treffen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion DIE LINKE und bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Ausbildungsplanung 2016 sowie der Finanzierung der entstehenden Personal- und Sachausgaben aus den hierfür zentral eingeplanten Mitteln zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) ermächtigt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, DIE LINKE und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU die Senatorin für Finanzen die haushalts- und stellentechnische Umsetzung vorzunehmen.

**5.3 Der öffentliche Dienst im Umbruch?  
Selbstverständnis öffentlich Beschäftigter und Arbeitgeberbild.  
Das Beispiel der Freien Hansestadt Bremen.  
Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung  
- Vorlage 19/116 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den vorgelegten Bericht „Der öffentliche Dienst im Umbruch?“ sowie die vor der Sitzung verteilte Kurzfassung und das Schreiben des Gesamtpersonalrates vom 5. Februar 2016 zur Kenntnis. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet zu gegebener Zeit zu den Konsequenzen die aus den Ergebnissen, die aus der Beschäftigtenbefragung gezogen werden, zu berichten.

**6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik**

**6.1 Gebäudesanierungsprogramm 2016  
- Vorlage 19/133 L –**

1. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion der DIE LINKE und bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und FDP den Maßnahmen des Gebäudesanierungsprogramms 2016 mit einem Gesamtvolumen von rund 35.603.000 € zu.

2. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und FDP dem Maßnahmenbeginn bei den folgenden sechs neuen Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 19.500.000 € zu:

|  |             |
|--|-------------|
| JVA Sonnemannstraße Sanierung Haus 1,<br>Haus 2, Mittelbau, Planungsmittel VOF-Verfahren<br>/ ES-Bau | 1.490.000 € |
| JVA Sonnemannstraße, offener Vollzug,<br>Planungsmittel VOF-Verfahren / ES Bau                       | 350.000 €   |
| Haus der Bürgerschaft, Umsetzung Brandschutz-<br>und Sicherheitskonzept                              | 130.000 €   |
| Neubau OS Hermannsburg   | 7.830.000 € |
| Sanierung TH Delfter Straße  | 9.000.000 € |
| Sanierung Gesundheitsamt (PCB-Beseitigung<br>und Brandschutz)  | 730.000 €   |

3. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und FDP zu, dass bei Hst. 3988/884 20-0, An Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungsinvestitionen, in Höhe von 14.160.000 € eine Verpflichtung eingegangen wird.

#### **IV. Verschiedenes**

##### **1. Haushaltsberatungen 2016/17**

**Abg. Eckhoff** erklärt, obwohl der Senat gegenwärtig fünf Wochen hinter seinem ursprünglichen Zeitplan zur Erstellung eines Haushaltsentwurfes liege und diesen nunmehr frühestens für den 3. Mai 2016 ankündige bestehe auf Seiten des Senates der Wunsch, dass der Doppelhaushalt für die Jahre 2016 und 2017 noch vor der Sommerpause in der Junisitzung der Bürgerschaft beschlossen werde. Für den Fall, dass eine erste Lesung beziehungsweise Überweisung der Haushaltsentwürfe erst in der regulären Maisitzung der Bürgerschaft erfolge, würde dies in den Zeitrahmen für die parlamentarischen Haushaltsberatungen auf gerade einmal zwei Kalenderwochen reduzieren. Auf dieser Grundlage sei eine angemessene parlamentarische Beratung der Haushaltsentwürfe nicht möglich. Der Senat könne die von ihm verursachte erhebliche Zeitverzögerung nicht durch eine aufgezwungene Verkürzung der parlamentarischen Beratungen aufholen. Unabhängig davon sei die CDU-Fraktion grundsätzlich bereit ein Verfahren zu finden, das eine zweite Lesung der Haushaltsgesetze und Haushaltspläne noch vor der Sommerpause möglich mache. In Betracht komme aus Sicht der CDU-Fraktion insbesondere eine Sondersitzung der Bürgerschaft bereits unmittelbar nach Beschlussfassung des Senates über die Haushaltsentwürfe. Auch bestehe die Möglichkeit, die zweite Lesung auf die letzte Juniwoche zu verschieben.

**Abg. Liess** führt aus, auch die SPD-Fraktion sei über den im Haushaltsaufstellungsverfahren entstandenen zeitlichen Verzug nicht glücklich, habe aber trotzdem ein großes Interesse daran, den Haushalt für die Jahre 2016 und 2017 noch vor der Sommerpause zu beschließen. Gleichwohl müsse für die parlamentarischen Haushaltsberatungen ein angemessener Zeitraum zur Verfügung stehen, der auch die Rechte der Opposition wahre. Es liege deshalb im Interesse der SPD-Fraktion gemeinsam mit den Oppositionsfraktionen ein Verfahren zu erarbeiten, das sowohl dem

parlamentarischen Beratungsinteresse, als auch dem Interesse des Senates, die zweite Lesung noch vor der Sommerpause durchzuführen, gerecht werde.

**Abg. Rupp** betont, dass es wichtig sei den Berichterstattern für die Haushaltsberatungen 2016/17 ausreichend Zeit einzuräumen um die Produktpläne der Bereiche und Ressortbereiche prüfen zu können. Hierfür seien jedoch die zwei freien Kalenderwochen zwischen den Bürgerschaftssitzungen im Mai und Juni nicht ausreichend. Dennoch sehe auch die Fraktion DIE LINKE die Notwendigkeit - im Interesse der Zuwendungsempfänger und zur Beförderung anstehenden Beamten - zeitnah die Haushalte 2016 und 2017 zu verabschieden. Darüber hinaus fragt er im Interesse einer zügigen Vorbereitung der Haushaltsberatung, wann ein Haushaltsentwurf insoweit abgeschlossener Form vorliege, dass auf dessen Grundlage tragfähige Änderungsanträge formuliert werden können.

**Abg. Hilz** kritisiert ebenfalls das Verhalten des Senates, der einerseits die aufgetretene Zeitverzögerung zu vertreten habe, aber andererseits nun Druck auf den parlamentarischen Gesetzgeber ausübe unter Verkürzung seiner Beratungszeiten den Haushalt zeitnah zu verabschieden. Um beiden Interessenlagen gerecht zu werden regt er an, die Bürgerschaft bereits Anfang Mai 2016 im Rahmen einer Sondersitzung über die Haushalte in erster Lesung beschließen zu lassen um dann im direkten Anschluss in die Haushaltsberatungen eintreten zu können.

**Abg. Fecker** erklärt, auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei für eine Beschlussfassung über den Doppelhaushalt noch vor der Sommerpause. Dies sei jedoch auch unter Ausschöpfung der bereits vorgeschlagenen Verkürzungsmöglichkeiten nur dann möglich, wenn der Senat seinen aktuellen Zeitplan einhalte. Insoweit bestehe für ihn nunmehr die Erwartungshaltung, dass der Senat den Haushaltsentwurf für die Haushaltsjahre 2016/2017 spätestens am 3. Mai 2016 der Bürgerschaft vorlege.

**Abg. Eckhoff** regt an, dass die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen am Rande der Bürgerschaftssitzungen in der 11. Kalenderwoche zusammenkommen, um die weitere Termin- und Ablaufplanungen der Haushaltsberatungen 2016/2017 abzustimmen.

**Staatsrat Lühr** ergänzt, dass nach seiner Auffassung die Berichterstatter bereits auf Basis der Deputationsunterlagen im April 2016 mit der Prüfung der einzelnen Produktpläne beginnen können.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt Kenntnis und bittet die finanzpolitischen Sprecher der

Fraktionen am Rande der Bürgerschaftssitzungen in der 11. Kalenderwoche eine vorläufige Termin- und Ablaufplanung der Haushaltsberatungen 2016/2017 zu erarbeiten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt, die bereits am 09.10.2015 beschlossene Übersicht der Berichterstatter für die Produktpläne der Bereiche und Ressortbereiche dahingehend zu ändern, dass Berichterstatter für den Ressortbereich Justiz und Verfassung nunmehr Abgeordnete Frau Kabire Yildiz und Berichterstatter für den Produktplan Wissenschaft nunmehr Abgeordneter Herr Björn Fecker sind.

## **2. Arbeitsgruppe Innerbremische Finanzbeziehungen**

**Staatsrat Lühr** berichtet über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Innerbremischer Finanzbeziehungen. Zusätzlich weist er darauf hin, dass Verabredungsinhalte, die die Haushalte 2016/2017 betreffen, selbstverständlich unter Haushaltsvorbehalt stehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt Kenntnis.

## **3. Terminvorschläge HaFA-Workshop „Schwierigkeiten und Erfolgsfaktoren von IT-Projekten im öffentlichen Dienst“**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die als Tischvorlage verteilten Terminvorschläge zur Kenntnis und weist darauf hin, dass in Anbetracht der anstehenden Haushaltsberatungen allenfalls noch Mittwoch der 27. April 2016 in Betracht komme und regt deshalb an, gegebenenfalls weitere Terminvorschläge für die Zeit nach der Sommerpause zu unterbreiten.

(Schluss des öffentlichen Teils 16.23 Uhr)

gez. Jens Eckhoff  
Ausschussvorsitzender